Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 26. Sonnabend, den 28. Juni 1919. 23. Jahrgang.

Lohnbewegungen

Ueber den Abschluß einer Lohnbewegung ist sofort zu berichten. Die Mitteilungen müssen kurz und klar formuliert sein. Dauersperren werden nicht veröffentlicht. Wird die Aufrechterhaltung einer Sperre verlangt, so muß allwöchentlich darüber berichtet werden.

Den Arbeitgebern zur Nachahmung empfohlen: Lübeck. Herr L. Bruhn, Lübecker Granit- und Marmorwerk, vorm. Plettner u. Bruhn, gewährte freiwillig seinen Arbeitern bei Fortzahlung des Lohnes 8 Tage Ferien, wenn sie 2 Jahre im Betrieb beschäftigt sind. Die Ferien sollen je nach der Dauer der Beschäftigung bis zu 14 Tagen erhöht werden.

Leipzig. Die Verhandlungen über den Reichstarif für die deutschen Granitschleifereien sind beim Redaktionsschluß noch nicht abgeschlossen. Die Schwierigkeiten, alle Bezirke in einem Einheitstarif zusammenzufassen, sind groß. Das wird Kennern dieser Materie, bei den Arbeitnehmern sowohl wie bei Arbeitgebern, weiter nicht besonders wundern. Aber wir haben die Zuversicht, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden. Es wird wirklich fleißig gearbeitet, und bei aller Gegensätzlichkeit geben alle Beteiligten auf beiden Seiten sich sehr große Mühe, um das Werk im Interesse der Industrie zu vollenden. Die Arbeitsbelastung geht bei einzelnen der Verhandlungsteilnehmer weit über das zulässige Maß hinaus! Ueber das Resultat werden wir dann selbstredend berichten.

Unteres Maintal. Die Kollegen des unteren Maintals sind mit Recht empört, weil die in Frage kommenden Unternehmer die Forderungen, die ihnen bereits Ende März zugestellt wurden, erst am 26. Mai zur gemeinsamen Verhandlung brachten! Statt aber nun die Forderungen von 1.30 bzw. 1.25 M. pro Stunde für Steinmetzen und Brecher zur Grundlage der Verhandlung zu nehmen, kamen sie mit dem Ansinnen, den sächsischen Landestarif und — 65 Prozent Teuerungszulage für das untere Maintal einzuführen. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt und die Forderung nunmehr auf 1.50 bzw. 1.40 M. pro Stunde erhoben. **Etwas mehr Verständnis für die Zeitverhältnisse müssen die Unternehmer dort schon zeigen.**

Tuffsteingebiet (Rheinland). Die Lohnbewegung im Gebiet ist beendet. Es kommen erneut 75 Prozent Teuerungszulage in Betracht. Vom 1. Juli beträgt dann der Gesamtzuschlag 150 Prozent.

Gesperrt sind in **Ibbenbüren** Firma Braunschweig, in **Elberfeld** Homann Werke in Vohwinkel für Marmorarbeiter.

Stettin. Die Firma Gust. Görsch-Söhne weigert sich, auf ihrem Werkplatz geregelte Zustände einzuführen. Die dort beschäftigten Steinarbeiter haben deshalb den Betrieb verlassen. **Der Platz ist für Verbandsmitglieder gesperrt.**

Im Streik stehen die Kollegen in:

Köln: Marmorarbeiter. Für die Sandsteinarbeiter wurde eine Einigung erzielt.

Rammelsbach (Pfalz). Seit dem 4., 7. bzw. 10. Juni stehen die Kollegen von Lauterecken, Rammelsbach und vom Remigiusberg im Streik. In dem ganzen Steinbruchsgebiet kommen zirka 600 Kollegen in Frage.

Görlitz. Ab 22. Juni stehen die Kollegen von der Firma Scholz Nachf. im Streik. Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß brachten keine Einigung.

Gestreikt wird ferner:

In **Dortmund** (Westd. Marmor- und Granitwerke), in **Mühlhausen-Langensalza, Oberdorla.**

Greifswald. Durch eine Arbeitseinstellung von mehreren Tagen erzielten die Steinmetzen eine Teuerungszulage von 50 Pf., die Schleifer eine solche von 30 Pf. pro Stunde. Der Stundenlohn für Steinmetzen ist damit auf 2 M., für Schleifer auf 1.60 M. erhöht.

In **Lörrach** (Baden) ist der Stundenlohn für Steinmetzen auf 2 M. erhöht worden.

In **Schwerin** haben die Steinmetzen die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes gestellt. Arbeitsangebote nach hier sind solange abzulehnen, bis an dieser Stelle eine Notiz über die Erledigung erfolgt.

Beucha-Grimma-Wurzen. Vor dem Schlichtungsausschuß am 18. Juni haben die Verhandlungen noch keine Verständigung gebracht. Den Parteien wurde empfohlen, vor dem 28. Juni eine nochmalige Verhandlung abzuhalten. Wird auch hierbei keine Einigung erzielt, dann wird am Montag, dem 30. Juni, von dem Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt.

Hasserode a. H. Der neue Tarif für unseren Ortsbereich ist am 15. Juni unterzeichnet worden. Er hat Gültigkeit bis zum 1. April 1920. Der Stundenlohn beträgt für Spalter und Hilfsarbeiter 1.30—1.40 M. bzw. 1.20—1.30 M. Dazu 35 Prozent Teuerungszulage. Letztere ist mit einmonatlicher Kündigung festgesetzt.

Weißenfels. Mit folgender Vereinbarung wurde unsere Bewegung abgeschlossen: Der Stundenlohn beträgt ab 10. Juni 1.95 M., ab 1. Juli 2.05 M., ab 1. Januar 1920 2.15 M. Der Lohn richtet sich nach der Entlohnung der Maurer und ist stets 10 Pf. pro Stunde höher. Die Vereinbarung gilt bis 31. März 1920.

Kiel. Das Kieler Lohnamt fällte folgenden Schiedsspruch. „Die Kieler Steinarbeiter werden den Bauarbeitern im Lohn gleich gestellt und erhalten vom 1. Juni 1919 an für Steinmetzen 2.30 M. und für Schleifer 2.25 M. Vom 1. Juli 1919 an für Steinmetzen 2.40 M. und für Schleifer 2.35 M. Die Arbeit ist morgen früh wieder aufzunehmen.“

Der Streik dauerte 5 Tage, wir verweisen hierbei auf unsere Notiz zu dieser Angelegenheit in der vorigen Nummer des Steinarbeiter.

Bremen. Der Stundenlohn für Schleifer beträgt nach neuer Vereinbarung 2.40 M. und für Hauer 2.60 M. wie bei den Sandsteinarbeitern.

Mainz. Vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß wurde unser Stundenlohn von 1.50 M. auf 1.65 M. aufgebessert. Dieser Lohn steht mit dem der Nachbarorte in keinem Verhältnis (Wiesbaden, Höchst, Frankfurt).

Fränkisches Muschelkalksteingebiet. Der Schlichtungsausschuß entschied für das bisherige Tarifgebiet: Steinmetzarbeit kann nach dem umgearbeiteten Tarif in Akkord angefertigt werden. Vereinbarungen hierüber sind zwischen Unternehmer und Betriebsrat zu treffen. Die Stundenlöhne betragen für Steinmetzen: 1.75 M., 1.60 M. und 1.35 M.; für Steinbrecher und Bossierer: 1.40 M.; für Steinbrecher allein: 1.30 M.; für Steinbruch- und Werkplatzhilfsarbeiter: 1.15 bis 1.20 M. Diejenigen Arbeiter, welche bisher höher entlohnt wurden, erhalten eine Aufbesserung von 10 Prozent. Angelernte Schleifer und Schmiede erhalten 1.45 M. pro Stunde.

Portlandzementwerk und Bruch in Leugfurt a. M. Vor dem Schlichtungsausschuß Würzburg wurden die Lohnsätze für die jugendlichen und weiblichen Arbeiter neu festgelegt. Für ungelernte Arbeiter und Facharbeiter beträgt der Lohn 1.10 bis 1.20 M. für Handwerker, 1.10, 1.30 und 1.50 M. Diejenigen, die bisher höhere Löhne hatten, erhalten eine Aufbesserung von 10 Prozent.

Crailsheimer Kalksteingebiet. Der Stundenlohn für Steinmetzen wurde auf 1.75 M. erhöht und wird nur noch im Lohn gearbeitet.

Steinach S.-M. Durch den Demobilmachungsausschuß Sonneberg wurde auf unseren Anruf eine Lohnfestsetzung für die Wetzsteinbrüche vorgenommen. Es wurden Löhne für Facharbeiter (Hütten- und Bruchafbeiter) je nach Alter vom 16. Jahre an von 1.05 M. bis 1.60 M. festgesetzt. Hilfsarbeiter rangieren 15 Pf. pro Stunde tiefer.

Vom „dunklen Drang“ zur Stetigkeit!

In einer Zeit, in der die radikale Phrase mehr Triumphe als oftmals gut wäre feiert, muß es eigentlich Wunder nehmen, daß trotzdem in der praktischen Gewerkschaftspolitik, dieser an sich nüchternen Betätigung wirtschaftlichen Kampfes, nicht nur kein Stillstand, sondern geradezu staunenswerte Fortschritte zu verzeichnen sind. Wir denken hierbei weniger an die einander jagenden Lohnerhöhungen — denen volkswirtschaftlich betrachtet heute leider eine mehr sekundäre Bedeutung beizumessen ist, die aber trotzdem dringend notwendig sind nach dem unabänderlichen Gesetz, daß ein Keil den andern treibt —, wir sehen vor allem auf die von Tag zu Tag in rapidem Wachstum steigende Zahl der Mitglieder in den freien Gewerkschaften. Manche Verbände haben ihre Reihen in ganz ungeahnter Weise verstärkt; darunter sind eine ganze Reihe Organisationen, die in Friedenszeiten trotz ihres großen Werbegebiets nie rechte Fortschritte machen konnten. Und immer wieder melden die Gewerkschaftszeitungen neue Triumphe im Gewinn von Mitgliedern.

Diese Erscheinung in einer revolutionären Zeit, wo die praktische Gewerkschaftsarbeit vielfach als minder wichtig beurteilt und eingeschätzt wird, muß zu denken geben. Wir müssen uns diese Erscheinung zu erklären und daraus die Nutzanwendung zu ziehen suchen.

Unzweifelhaft nehmen heute viele Arbeiter und Arbeiterinnen den Weg zur Gewerkschaft durch die stark im Schwange befindliche und lebhaft gesteigerte Lohnpolitik, die in dem freiesten Koalitionsrecht der Welt ihre starke Stütze findet. Die Teuerung äußert sich in immer mehr ausschweifender Weise, die automatische Folge sind erhöhte Lohnforderungen. Die Träger dieser Forderungen sind nach wie vor die Gewerkschaften und es ist erklärlich, daß sie aus diesen Gründen lebhaften Zulauf erhalten. Hinzu kommt der heute vielfach verstärkte moralische Druck, der auf den indifferenten Teil der großen Masse ausgeübt wird durch überzeugte Anhänger der Gewerkschaftsbewegung und der seinen klassischen Ausdruck findet in dem bekannten Sprichwort: Willst du ernten, dann säe mit den andern . . .

Es sind also durchaus natürliche Ursachen, die den Zuwachs der Gewerkschaften erklären. Selbstverständlich müssen wir dabei auch in Rechnung stellen das durch die Revolution errungene freie Vereinigungs- und Versammlungsrecht, ferner die Tatsache, daß Maßregelungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit wegen heute fast zu den Unmöglichkeiten zu rechnen sind und die der Bekenner nur heute weit niedriger als früher im Preise steht. Alle diese Umstände sind starke Förderer der Gewerkschaftsbewegung.

Es wäre jedoch falsch, wollte man diese realen, nüchternen Tatsachen als Erklärung für den starken Zulauf zu den Gewerkschaften allein in Rechnung stellen. Wir müssen auch die ethischen, die idealen Momente berücksichtigen, die dies erfreuliche Ergebnis zeitigen, zumal sie es sind, die zu guter Zukunftshoffnung anregen. Wir sind der Meinung, daß die vorn genannten Umstände den Zulauf zu den Gewerkschaften nicht allein erklären, sondern der durch die Revolution stark geförderte Drang zu größerer Freiheit und Unabhängigkeit der Einzelpersönlichkeit. Der Arbeiter fühlt sich freier und sucht seinen Freiheitsdrang durch seinen Anschluß an die Gewerkschaft praktisch zu betätigen. Er will durch Zusammenschluß mit Gleichgesinnten zeigen, daß er nicht mehr das die „gottgewollten Abhängigkeiten“ stumpf hinnehmende Individuum ist, sondern daß er körperlich und sittlich nach Freiheit strebt und vor allem nach Freiheit in seinem Arbeitsverhältnis, dem er mit seiner ganzen Persönlichkeit am nächsten steht, weil er ihm täglich unterworfen ist.

Es ist eine neuerwachte Ueberzeugung, die sich in den tausendfachen Beitritten zur Gewerkschaft mit Sturmeskraft äußert. In der Sturmflut der Revolution, die Altes, Ueberlebtes hinwegschwemmt und neue freiheitliche Ueberzeugung schafft, wachsen auch die Gewerkschaften als die Träger des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter ins Riesenhafte und bereiten die Bahn zur freien Entwicklung des Einzelmenschen im Rahmen der organisierten Wirtschaftsmacht. Hier bewahrheitet sich wieder einmal in vollem Umfange an den Volksmassen das unsterbliche Goethewort: „Der gute Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt.“

Und der rechte Weg führt zur Gewerkschaft und durch die Gewerkschaft zur körperlichen, geistigen und sittlichen Unabhängigkeit des Einzelmenschen. Toren, die da vermeinen, daß die Gewerkschaft sei doch nur ein eitles Jagen nach einigen Pfennigen Mehrlohn bedeute! Die Gewerkschaft will allerdings auch körperlich starke und gesunde Menschen schaffen, aber was ihr noch höher steht und ihr ganzes Zukunftsstreben ausmacht, das ist die Entwicklung des Einzelmenschen zur freien Persönlichkeit im Rahmen der Organisation, die alle Einzelkräfte in sich eint zur Erfassung des großen Zieles der Befreiung der Gesamtmenschheit aus den Fesseln ökonomischer Abhängigkeit. So ist die Gewerkschaft die Trägerin einer ganz natürlichen Entwicklung zu höherer Kultur und wahrer Menschenwürde.

Von diesen Gesichtspunkten aus sollte sich jeder das starke Anwachsen der Gewerkschaftsorganisationen zu erklären suchen. Dann muß er ganz naturgemäß zu dem Entschluß kommen, diese so Hohes und Edles vorbereitende Bewegung mit ganzer Kraft zu fördern und unermüdlich für die Ausbreitung der Gewerkschaften einzutreten. Jeder muß — in solchen Zeiten mehr denn je — für die gute Sache agitieren und dafür sorgen, daß der „dunkle Drang“ des guten Menschen sich zur vollkommenen Einsicht, zur Ueberzeugung entwickelt und der Gewerkschaft zielklare Kämpfer zuführt, [illegible] r Teil die weitere Ausbreitung der Gewerkschaften [illegible] ördern.

Begrüßen wir also den Andrang zu [illegible] mit Freuden, vergessen wir aber auch nicht, die [illegible] Neugewonnenen zu zielbewußten Kämpfern zu [illegible] wir alles daran, daß uns der Zuwachs nicht nur [illegible] en sich zur treibenden Kraft auswächst für die Ver[illegible] allgemeines rung unserer Zukunftsziele. Wir woll[illegible] s und bedürfen dazu der geeinten Mitwirkung al[illegible] arken einheitlichen Rahmen der Gewerkschaftsor[illegible]

Sorgen wir mit aller Kraft dafür, [illegible] rang“, der Impuls, durch die überzeugungstreue [illegible] ! Diesem schönen Werke muß sich jeder widmen, d[illegible] n der Gewerkschaften voll in sich aufgenommen h[illegible] Kämpfer der Gewerkschaft werbe unermüdlich für [illegible] Und desto eher die Gewonnenen zu zielklaren Me[illegible] n, um so schneller wird uns allen der gute Erfolg [illegible]

Der Friede und [illegible] rk-schafte[illegible]

Wenn diese Zeilen in Druck gegebe[illegible] de unterzeichnet und dem deutschen Volke [illegible] liegt sein, wie sie verbrecherischer in der Geschich[illegible] noch nicht vollzogen wurden. Die überaus harte [illegible] Deutschland kennt sie jedermann, haben wir i[illegible] er Nr. 21 des Steinarbeiters zum Abdruck gebra[illegible] Volk hatte in den letzten Wochen noch die schwache [illegible] Durchführung der 14 Wilsonschen Punkte. Wol[illegible] inen harten, aber einen gerechten Frieden. W[illegible] m Wahn, daß unsere Feinde ein Einsehen haben [illegible] die Sünden früherer Machthaber büßen lassen [illegible] n an ihr Gerechtigkeitsgefühl, an ihre Menschli[illegible] t Willen, einen dauernden Verständigungsfrieden [illegible] as deutsche Volk war bereit, alles wieder gutzu[illegible] fein Verschulden vernichtet worden ist. Wir gla[illegible] fzierung des ursprünglichen Entwurfs, damit d[illegible] beweg[illegible] und betätigen könne wie jedes ande[illegible] ffnungen haben sich nicht erfüllt; was geändert [illegible] Vergleich zu den anderen Verpflichtungen gar [illegible] Das Joch ist uns nun auferlegt!

Es ist nun auch unnützig, in diese[illegible] alle die Rodomontaden innerhalb der deutschen [illegible] zuheben und die Selbstzerfleischung in Ursache [illegible] leuchten; ist unseres Erachtens nicht [illegible] wenigen „Entgegenkommen“ der Feinde [illegible] m Verantwortung und müssen darüber hinweg. Unser [illegible] Volk [illegible] einer traurigen, verzweifelten Zukunft [illegible] des Friedensschlusses lassen sich heute [illegible] en. Vor allen Dingen werden sich unsere wirt[illegible] sie noch mehr als bisher verschlechtern und [illegible] unserer gesundheitlichen, geistigen und [illegible] Stimme[illegible] nach sich ziehen.

Mit banger Sorge können wir d[illegible] entgegensehen. Das einzige, was uns [illegible] [illegible] anzuspannen, um all unsere Kräfte zu dem Wiederaufbau des schwer daniederliegenden Volkes in seiner Wirtschaft [illegible] [illegible] heute noch gar nicht [illegible] [illegible] Von dieser Entwicklung [illegible] [illegible] wieder aus seiner Ohnmacht [illegible]

[illegible]

[illegible] Wenn auch der [illegible] auf dem Wege der Sozialisierung [illegible] [illegible] verspreche[illegible] [illegible] noch zu [illegible] [illegible] Zeiten [illegible] solche vorgaukeln, die unter dem Zeichen der [illegible] schillernde Seifenblasen zerplatzen. [illegible]

man [illegible] sondern [illegible] jeder soll es ein [illegible] und Kräfteverhältnisse.

[illegible] die Gewerkschaften [illegible] wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe zu, [illegible] die Interessenvertretung der [illegible] gegenüber dem [illegible] Kapitalismus. Was die Gewerkschaften von jeher [illegible] als ihre vornehmste Pflicht erkannt haben, die [illegible] nach Möglichkeit [illegible] und die Arbeiter und deren Familien gegen Not und [illegible] Neues [illegible] Rechte [illegible] die Lage des [illegible] zu heben, ist und bleibt die Aufgabe der [illegible]. Diese Wahrheit wird [illegible] durch die [illegible] ein verhängnisvoller Fehler, wenn die deutsche Arbeiterschaft [illegible] erkennen und Sirenenklängen nachlaufen würde. Dieser Fehler würde sich zweifellos schwer rächen.

Zum Schotter- und Pflasterstein-tarif.

In der Fachschrift „Der Steinbruch" vom 11. Juni d. J. beschäftigt sich ein Herr [illegible] in einem fast 6 Spalten fassenden Artikel mit der Ueberschrift „Ein unannehmbarer Entwurf", den [illegible] für die Deutschen Schotter- und Hartsteinwerke, den unser Verband [illegible] herausgegeben hat. — Von seinem Standpunkt aus als Arbeitgeber ist der Verfasser des betreffenden Artikels im großen ganzen jedoch an die Prüfung der Angelegenheit herangetreten, die soll erst gesagt werden. Die Kritik, die von ihm an unserem Entwurf geübt wird, ist natürlich sein gutes Recht. Wir bilden uns auch nicht ein, jemals einen von uns ausgearbeiteten Tarifentwurf vorlegen zu können, der die volle Zustimmung der Arbeitgeber findet. Dazu sind die Auffassungen in den einzelnen Arbeiterfragen hüben wie drüben zu verschieden. Und wenn eine solche [illegible] Durchgesetzt, wie es ohne Zweifel ein Reichstarif darstellt, zu Fuß kommen soll, dann muß schon irgendeine dazu berufene Stelle mit einem Entwurf herauskommen. Einem Entwurf, der die Grundlage zum Verhandeln abgibt. Darüber wird doch wohl keine Unklarheit herrschen? — Der Zentralvorstand des Steinarbeiterverbandes hielt und hält sich auch heute noch auf Grund seiner Erfahrungen dazu berufen im Interesse seiner Mitglieder! Etwa warten wollen, bis die Steinindustriellen oder deren Organisationen mit einem solchen Tarifentwurf kommen? Na, da könnten wir sicher alt werden wie Methusalem; oder gar, wie es Herr Z. in seinem Artikel gern gesehen hätte, an die Arbeitgeber herantreten, um einen Entwurf gemeinschaftlich aufzustellen? Ist jedenfalls mehr diskutabel; aus dem einfachen Grunde, weil wir sicher keine Unternehmer bzw. Arbeitgeber dazu bekommen hätten; um nicht mißverstanden zu werden, wir meinen nur zu dem Zweck, einen Entwurf fertigzustellen. Das wird auch wohl der Artikelschreiber und mit ihm noch andere Arbeitgeber bestätigen müssen, ohne daß an dieser Stelle das Warum noch näher erläutert wird. Es ist deshalb auch eine falsche Auffassung, wenn es in bezug auf unseren Entwurf in dem Artikel des „Steinbruch" heißt:

„Wenn die [illegible] wirklich die Absicht hat, einen Reichstarif einzuführen, dann hätte sie doch wohl zunächst auch die Arbeitgeber hören und deren Einwände berücksichtigen müssen."

Herr Z. wirft hier den Entwurf zur Klärung und Stellungnahme in dieser Tariffrage mit der Einrichtung bzw. Einführung des Tarifes in einen Topf. Das sind nach unserer Auffassung jedoch zwei verschiedene Dinge. Im ersteren Fall haben wir in dem Vorhergehenden schon das Nötige gesagt, und soweit nun die Verwirklichung des Tarifs in Frage kommt, müssen selbstredend die Arbeitgeber durch ihre Organisation bei den notwendigen Verhandlungen vertreten sein. Denn zum Abschluß eines Vertrages gehören immer zwei Parteien, die in gemeinsamer Verhandlung ihre Einwände geltend machen und dann durch Rede und Gegenrede vielleicht einen Weg finden, auf dem dann gemeinsam gegangen werden kann. So! und nur anders ist diese Frage zu lösen und die Verbandsleitung der Steinarbeiterorganisation hat sich nie nicht anders die Lösung gedacht! Im übrigen kann auch verraten werden, weil es absolut kein Geheimnis ist, daß allen der in Frage kommenden Unternehmungen und ihren Organisationen der Steinindustrie der Entwurf bereits vor einiger Zeit zugestellt wurde. Das weitere findet sich dann in den kommenden [illegible].

Es mag aber hier bemerkt werden, daß mit polemischen Zeitungsartikeln, wie diesen, diese für die Schotter- und Pflastersteinindustrie so wichtige und für die Arbeitnehmer wie Arbeitgeber so bedeutungsvolle Frage nicht gelöst werden kann. Wir hatten deshalb auch nicht die Absicht, den Artikel des „Steinbruch" im einzelnen zu widerlegen, obgleich er mächtig dazu reizt! Schon darum nicht, weil er unserer Auffassung nach im Uebereifer verfaßt, und zum Teil unzutreffend ist, weil in ihm von falscher Voraussetzung ausgegangen wird. Einige Darlegungen bedingen allerdings eine Richtigstellung, weil das Tatsächliche zu sehr verbogen dargestellt ist. So wird unter anderem dort gesagt, daß

„der allgemeine Eindruck über den Entwurf dahin geht, daß derselbe zur Zeit nicht mehr als ein nicht besonders günstig ausgefallener Auszug aus einer bestehenden Arbeitsordnung bestehe, versehen mit allgemeinen Bestimmungen, die nur für die Arbeiter zugeschnitten . . . und praktisch undurchführbar sind."

Diese Behauptung ist in ihrem ersten Teil zum mindesten leichtfertig aufgestellt und hat wohl nur die Bedeutung einer polemischen Floskel. Wenn es dann weiter heißt, die Bestimmungen sind für die Arbeiter zugeschnitten und praktisch undurchführbar, so liegt in diesem kurzen Satz der Kern des ganzen Artikels vom Herrn Z. Das ist der Arbeitgeberstandpunkt, wie wir ihn in Arbeiterkreisen alle kennen, nicht nur aus berühmter vergangener Zeit, das „praktisch undurchführbar" haben wir schon oft, sehr oft gehört in unserer Industrie bei vielen Verhandlungen über Löhne und Gesetze in gesundheitlicher Beziehung, und noch immer hat sich nachher herausgestellt, daß es doch geht. Bankrott wegen Forderungen, die erst „praktisch undurchführbar" waren, dann eingeführt wurden, ist unseres Wissens in der Steinindustrie noch kein Unternehmen geworden. Wir lassen uns darüber aber gern belehren, wenn es anders lauten sollte!

Nahezu alle Bestimmungen im Entwurf, soweit sie bezug nehmen auf die Arbeitsverteilung, Ferien, Art der Entlohnung, Garantie des Lohnes bei Akkordarbeit, Betriebsräte, ja, überhaupt alles, was für die Steinarbeiter einer gründlichen Regelung bedarf und im Entwurf vorgesehen ist, geht dem Artikelschreiber gegen den Strich. — Da ist zunächst die Ferienfrage, die ihm eigentlich gar nicht in den Streifen paßt. Darüber heißt es:

„Daß sich die Verfasser des Entwurfs augenscheinlich nicht klar gemacht haben, welche geldliche Belastung bei mittleren und größeren Firmen damit verbunden sind, und daß kleine Firmen underhältnismäßig darunter leiden werden."

Und weiter wird dann gesagt:

„Da im allgemeinen die mehr ansässigen Pflastersteinarbeiter im Gegensatz zu den wanderlustigen Steinmetzen die Betriebe nicht unnötig wechseln, so ist in den meisten Fällen der größere Teil der Arbeiterschaft drei Jahre und länger in dem Pflastersteinbruche in Beschäftigung und hat demnach Anspruch eines vollen Ferien-Wochenlohnes. Bei der Belegschaft eines mittleren Steinbruches mit ungefähr 200 Mann macht diese Ferienzahlung im Jahre 10 000 M. aus, abgesehen von den Nachzahlungen für die Stunden an den Vorabenden hoher Festtage. Was „hohe Festtage" sind, steht keineswegs fest, denn in katholischen Gegenden gibt es mehr hohe Festtage wie in protestantischen, und wie soll es in gemischten Gegenden gemacht werden? Wahrscheinlich soll neuerdings auch der 1. Mai und der 9. November als „hohe Festtage" gerechnet werden."

Die Ferienfrage ist für die Steinindustrie nun einmal „neu" und deshalb für die Arbeitgeber besonders unangenehm, weil auch — Zahlung des Lohns für die paar Tage verlangt wird, eigentlich ein unerhörtes Verlangen! So klingt es zwischen den Zeilen heraus. Die Verfasser des Entwurfs waren sich gewiß darüber klar, daß die Ferienfestsetzung eine geldliche Belastung darstellt und nicht nur diese Frage allein, sondern wohl fast alle im Interesse der Arbeiterschaft notwendig zu treffenden Aenderungen bringen eine solche geldliche Belastung! Das letztere veranlaßt ja gerade den Widerstand des Arbeitgebers! Prinzipielle Ablehnungen auf diesem Gebiete waren und sind im Untergrund immer Portemonnaie-Interessen.

Aber die geldliche Belastung ist schließlich noch kein Beweis, daß die Einführung unmöglich ist. Was in anderen Industriebetrieben möglich ist, geht auch in der Steinindustrie. Wenn der Artikelschreiber nun auch die Frage aufwirft, was „hohe Festtage" sind, was keineswegs nach ihm feststehen soll, so wollen wir aber auch nicht das Rätsel lösen, vielleicht macht's ein anderer. Damit ist auch wohl der Hohn vom 1. Mai und 9. November ausgeglichen. Die andere „neue" Frage, die auch gar nicht gefällt, ist die der Betriebsräte, die in unserem Entwurf hineingearbeitet ist. Dazu sagt der Artikelschreiber im „Steinbruch",

„Daß die gesamten Arbeitgeber der Steinindustrie sich weigern, Betriebsräte freiwillig anzuerkennen".

In allernächster Zeit wird nun allerdings ein Gesetz die Angelegenheit regeln, an dem die Arbeitgeber nicht rütteln können, aber es wird unsere Verbandsmitglieder immerhin interessieren, wie die Auffassung in dem Artikel zum Ausdruck kommt:

„So sehr es jeder vernünftig und billig denkende Unternehmer auch begrüßen wird, wenn er von seiner Arbeiterschaft mit Rat unterstützt wird, und so sehr er auch bereit ist, im Interesse seines Werkes mit seiner Arbeiterschaft gemeinschaftlich zu beraten, so wenig kann es dem Arbeitgeber verdacht werden, wenn er es ablehnt, sich unter die Vormundschaft eines Betriebsrates zu stellen, der nach solchen Bestimmungen arbeitet. Schon jetzt wird in den deutschen Industriestätten mehr disputiert, verhandelt und geredet, wie gearbeitet und nach der wohl zu erwartenden gesetzlichen Einführung von Betriebsräten wird anscheinend das Arbeiten überhaupt erst in zweiter Linie kommen."

Es wird hier ziemlich dick aufgetragen. Einer Sache ist nicht damit gedient, wenn man sich selber und anderen Angst macht. Es ist auch ein falscher Standpunkt, die angestrebte Betriebsdemokratie als Vormundschaft der Arbeiter gegen die Arbeitgeber hinzustellen. So betrachtet und von diesem Geist durchtränkt, wird es fortwährend zu Zusammenstößen kommen müssen. Wir denken uns die Handhabung anders und es wird viel von der Einsicht und dem Verständnis der Arbeitgeber abhängen, wie diese Erweiterung der Arbeiterrechte sich im Betriebe abwickelt. Wer natürlich im Arbeiter nur das Ausbeutungsobjekt bisher gesehen hat, das nur froh sein kann, für den Betriebsinhaber überhaupt arbeiten zu dürfen und dann einen Bruchteil seiner Leistung zurückerhält als Lohn, letzteren schließlich auch nur widerwillig, nun, einem solchen Arbeitgeber werden natürlich die Felle fortschwimmen! Der muß schon sich und seine Auffassung gehörig umkrempeln, wenn er seinen Betrieb weiterführen will. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß wir den Artikelschreiber in die Reihe dieser Arbeitgeber einschätzen, aber allgemein betrachtet gibt es deren nicht wenige auch in der Steinindustrie. Dann ist es die Garantie des Stundenlohnes bei Akkordarbeit, wie wir es verlangen und zum Teil auch in örtlichen Tarifen anderer Branchen in der Steinindustrie bereits eingeführt haben, die auf keinen Fall die Zustimmung des Artikelschreibers findet, er sagt darüber:

„daß von seiten der Arbeitgeber die Bewilligung dieser Forderung nur dann in Erwägung gezogen werden könnte, wenn auch die Arbeitsleistung tatsächlich der eines Vollarbeiters entspricht. Nun ist es jedoch, wenn z. B. wegen schlechten Felsen der Stundenlohn nicht erreicht wird, unmöglich festzustellen, ob auch der betreffende Arbeiter voll gearbeitet hat, da ja gerade der sichtbare Beweis, wieviel er Steine fertig bekommen hat, fehlt. Dieser Punkt würde also fortwährend zu Streitigkeiten Anlaß geben und jeder noch so wenig leistungsfähige und ungeschickte Akkordarbeiter hätte demnach Anspruch auf Zahlung des tarifmäßigen Stundenlohnes."

Und an einer anderen Stelle über dieselbe Angelegenheit, soweit sich die Garantie des Lohnes nicht bei der Uebersicht des Arbeitsverdienstes am Wochenschluß erstrecken soll, sondern wie im Entwurf verlangt auf die Lohngarantie des jeweiligen Arbeitstages.

„Wenn den Akkordarbeitern der Stundenlohn garantiert wird und dieser ist entsprechend hoch, dann hat er doch gar kein Interesse, über den Stundenlohn zu kommen, da er eine „angemessene Löhnung" ja sowieso garantiert erhält. Die gleiche unmoralische und verderblich wirkende Bestimmung ist auch teilweise im Bergbau durchgeführt mit dem Erfolg, daß die Arbeitsleistung durch den garantierten Stundenlohn auf kaum ein Drittel des früheren Normalleistung gesunken ist."

Hier wird einfach dem Arbeiter unterstellt, daß er bei der Garantie des Lohnes die Arbeitslust verliert und sich nun auf Kosten des Betriebes ausruht. Dies allgemein zu behaupten, wie der Artikelschreiber es macht, ist unfair und schätzt das Pflichtgefühl der Arbeiterschaft recht niedrig ein. Es mag einzelne Auswüchse geben in solchen Fällen, das soll nicht bestritten werden, aber es wird nie Regel sein, darum ist eine Verallgemeinerung auch nicht angebracht. Im Bergbau haben andere Ursachen den Rückgang der Arbeitsleistung hauptsächlich verursacht, das gehört aber nicht in unseren Rahmen der heutigen Ausführung. Wo in unserem Berufe bis jetzt der Lohn bei Akkordarbeit garantiert wurde, haben wir bisher keine Klagen vernommen, die sich etwa mit dem decken, was der Arbeitgeberstandpunkt Herrn Z. in die Feder diktiert hat.

Damit lassen wir seinen Artikel auf sich beruhen. Der knappe Raum, der uns zur Verfügung steht, soll nicht übermäßig überschritten werden. Die sonstigen Einwendungen werden auch an anderer Stelle wiederkehren, wo sie dann schon die nötige Einrenkung erfahren werden. Die Frage des Reichstarifs selbst und sein Aufbau, wird, wie bereits bemerkt, durch Zeitungsartikel nicht gelöst werden können; dazu gehört eine gemeinsame Aussprache, nachdem die in Frage kommenden späteren Tarifkontrahenten ihre Aenderungen, Zusätze oder Streichungen zu der Angelegenheit dargelegt haben. Denn unsere Verbandsleitung ist sich bewußt, daß der Entwurf noch Lücken hat, und daß die Gegenseite mit berechtigten Einfügungen und Aenderungen kommen wird, die geprüft werden müssen. Aber von alledem abgesehen, müssen die Arbeitgeber allerdings sich damit abfinden, daß die heutigen Zeitverhältnisse andere Rechte der Arbeiterschaft bedingen. Je eher sie es fertig bringen, im ernstlichen Bestreben trotz der natürlichen Gegensätze zusammenzuarbeiten, wird der Einfluß auf unsere Industrie nicht ausbleiben.

Es ist wirklich notwendig, wie auch Herr Z. richtig betont, „daß die vielen Tarife in der deutschen Steinindustrie zu einem einheitlichen zusammengeschweißt werden".

Lebensmitteleinfuhr und Devisen-sorgen.

Bittere Lebensmittelnot im Vaterlande — starke Warenanhäufung im Ausland: Deutschland darf jedoch nur einen genau begrenzten Teil dieses ausländischen Ueberflusses ankaufen. Die Blockade besteht im übrigen weiter. Das deutsche Volk muß weiter hungern und darben. Und es würde sein Schicksal mit noch größerer Geduld tragen, wenn es wüßte, mit welchen Zahlungssorgen die verantwortlichen Reichsstellen zu kämpfen haben. Denn selbst die Anschaffung des bescheidenen Quantums, das die Entente uns hereinlassen will, droht unter Umständen daran zu scheitern, daß uns für bestimmte Mengen augenblicklich die erforderlichen Zahlungsmittel fehlen, weil Krieg, Blockade und deren Folge unsere wirtschaftliche Lage so unsagbar heruntergebracht haben. Unser Papiergeld ist entwertet. Die Papierzahlung verteuert den Warenpreis ins Ungemessene, so daß die Ladenpreise für ausländisches Mehl, Fleisch, Fett, Reis, Bohnen der breiten Masse unerschwinglich werden. Um zu angemessenen Preisen einkaufen zu können, müssen wir mit besseren Zahlungsmitteln kommen, mit Gold oder mit gleichwertigen Produkten wie Steinkohle, Kali, Industriefabrikaten oder mit ausländischen Werten, mit Devisen. Die Beschaffung solcher Devisen ist gegenwärtig unsere Hauptaufgabe. Sie ist bei der Reichsbank zentralisiert, wie anderseits der gesamte Lebensmittelankauf bei der Einfuhrzentrale des Reichsernährungsministeriums zusammenläuft.

Da beantragt die Reichsfettstelle bei der Einfuhrzentrale 1 Million Gulden für sofort greifbares Milchpulver in Holland, 50 000 Kronen

Die „sozialisierte" Familie.

Bei Gottlieb Steigerwald ging es heute erregt her. Rund um den Tisch, auf dem vor zehn Minuten noch eine große Schüssel [illegible] stand, [illegible] verschwunden, saßen Steigerwald nebst Frau und sechs Kindern. Sie erhitzten sich durch heftige Reden über die Sozialisierung die Köpfe. Besonders Fritz und Käte, die Schneiderin, [illegible]. In Fritzens Betrieb, wo sich große Streithähne den ganzen Tag mit spitzen Reden hin und her [illegible], hatte er das Wort hundertmal durch die Luft schwirren [illegible]. Eine richtige Vorstellung konnte er sich aber bei diesem wirren Durcheinander der Ansichten doch nicht machen. Bei Käte war es noch [illegible]. Nun erhofften sie Aufklärung durch den Vater. Der [illegible] eine volle Gabel nach der anderen bedächtig unter seinen Schnurrbart, ehe sich zunächst an der [illegible] bemerkte er:

„Das mit der Sozialisierung ist nichts Neues, ihr seid doch selber so eine Art [illegible]."

Sieben Mäuler [illegible] und vierzehn Augen sahen ihn erstaunt an.

„Ja, guckt nur. Ihr habt uns fertiggemacht und gründlich sozialisiert, so daß sich die Regierung ein Beispiel an euch nehmen könnte."

„Aber, Vater, du [illegible] mit dem . . . nee, nee, du [illegible] wieder mal Witze."

„Aber keine Späße, Fritz." Gottlieb [illegible] mit der Hand über die Stirn und machte sich mit seinem Herz zu schaffen. Die Kinder [illegible] „So was wären".

[illegible] Sozialisieren heißt alles arbeiten für den Staat [illegible] die vorhandenen Werte [illegible] Einrichtung so eingerichtet [illegible] haben."

[illegible] ein Staat

[illegible] „Staat" [illegible] wohl gerne [illegible]

[illegible] der Vater.

[illegible] Gottlieb kann [illegible] „Fritz" [illegible]

[illegible] freiwilligen Hilfs- [illegible] seine [illegible] Finger, daran jeder [illegible] Dann suchte er sich eine Pfeife an und [illegible] ein Staat, wir haben auch gesellschaftliche [illegible] unsere Wäsche, unsere Werkzeuge. Freilich sind das nicht Produktionsmittel im üblichen Sinne, aber für uns sind sie es in gewisser Hinsicht doch, heute sollen sie es mal sein."

Alles sah sich in der Stube um, von dieser Seite hatten sie ihre paar Brocken noch nicht betrachtet.

„Nun paßt mal auf! Wenn jeder von uns seinen Teil einfach an sich nehmen würde, um für sich Geschäfte zu machen, so würden wir andern dabei zu kurz kommen. Aber wir tun das nicht, jeder von uns arbeitet für die Familie und die Familie als Ganzes für uns."

„Hier," er wies auf die Mutter, „ist unsere Finanzministerin, die alles vom Volk bekommt und im Laufe der Woche wieder zurückgibt, was wir brauchen."

„Mutter, was sagste nu, gelt, da bitte baff?" fragte Käte.

„Ich sag bloß: Vater is zu komisch."

„Komisch findste das? Was würdste nu sagen, wenn die Käte einfach nichts mehr schaffen wollte, wenn sie an diese Nähmaschine, an deine Nähmaschine, den Kurt und die Marie setzte, denen das Schneidern lernte und von ihnen so viel verdiente, daß sie nichts mehr zu machen brauchte, daß die beiden für sie arbeiten müßten?"

„Ich tät das faule Mensch rausschmeißen; aber wie du redst, Gottlieb, das is doch was anderes, seine eigenen Geschwister ausnutzen."

„Nu bist du aber komisch, alte Dame. Sind wir nicht alle Brüder und Schwestern? Findste das nicht ebenso häßlich, wenn sich jemand tausend Maschinen kauft, damit tausend Schwestern oder Brüder für sich schneidern läßt, Geld ansammelt und dafür immer neue Menschen schuften müssen, statt es der Gesellschaft zu geben?"

„Mutter, eben bitte gelitzert," nahm nun Fritz das Wort. „Mir ist nur noch nicht klar, was das mit der Sozialisierung zu tun hat. Das könnte doch auch eine Genossenschaft machen: Gottlieb Steigerwald G. m. b. H."

„So ganz hatte ja auch nicht unrecht; gewiß werden wir so eine Art große Genossenschaft sein; genossenschaftlicher Zusammenschluß ist ja freiwilliger Sozialismus. Nur werden wir dann nicht fünf oder sechs Prozent bekommen, sondern bessere Schulen, Steuererleichterungen, höhere Betriebseinrichtungen „Altersheime, höhere Renten usw."

„Wieso sind wir aber eine sozialisierte Familie?" rief Kurt.

„Weil wir untereinander schon immer das gleiche getan haben, was wir jetzt vom Staat verlangen. Jeder von euch hat gearbeitet und alle seine Kräfte dem Staat, also uns, zur Verfügung gestellt. Wir haben wieder für euch gesorgt. Keiner ist eigentlich unter uns, der sich auf Kosten der andern ernährt."

„Doch, die Hilde."

„Na, das ist ein Kind von elf Jahren. Für die Jugend, die Alten, Schwachen und Kranken, die Erwerbsbeschränkten zu sorgen, ist natürlich Pflicht der Gesamtheit, wie wir lange für meine Mutter gesorgt haben. Dafür übernimmt die Jugend später die Lasten mit, und die Alten haben es früher getan. Dies ist gerade mit ein Zweck, warum wir sozialisieren wollen."

„Ueberhaupt hat Vater recht," warf die Mutter dazwischen, „wie haben uns die Kinder „verstaatlicht"! Kein Stück, kein Lappen, keine Hose, die von euch nicht kurz und klein getragen worden ist. Von Vater auf Fritz, von dem auf Kurt, oder von mir auf Käte, von der auf die Marie."

„Na, da habt ihr's!" Steigerwald senior schmunzelte. „Eben haste richtig gepfiffen, Mutter. So soll's im Haushalt des Staates auch sein. Jeder muß für den anderen sorgen, durch seine Arbeit zum Ganzen beitragen. Dann kommt's soweit im Staat, wie in einer guten Familie im kleinen: die Arbeit wird die Quelle des Wohlstandes. Sie soll von einer Lebenslast zur Lebenslust werden. Nu, wie wird euch, Sozialisierungsmitglieder, he?"

„Mir dämmert's langsam auf in der Zwirbeldrüse," bemerkte Fritz.

„Siehste! Und wenn ich vorhin sagte, ihr habt uns gründlich sozialisiert, dann guckt euch in der Stube um: rattenkahl habt ihr uns gefressen. Aber das schadet nichts; alle sind satt geworden. Hätt' jeder von uns sein Geld für sich verbraucht und nur die Beine unter den Tisch gesteckt, hätte ich meinen Verdienst versuchhei, vertrunken, verraucht und verspielt, dann müßtet ihr betteln gehen, wie drüben Schulzes. Bei uns ist es ein sozialisierter Staat, bei Schulzes nicht. Das is der Schiedunner."

„Vater, du bist goldig, komm her, ich geb' dir einen Schmatz", sagte Käte und warf vor Freude die Bluse weg, an der sie nähte.

„Gib ihn der Mutter als Dank für ihr staatsmännisches Talent; sie kann sich einbilden, es wär' das Verdienstkreuz."

„Wenn ich morgen wieder auf Arbeit komm', denen werde ich aber in die Suppe spuken. Weißt du, Vater, was die sich unter Sozialisierung denken? Daß jeder seinen Teil bekommt und . . . ."

„Und in acht Tagen fertig damit ist", unterbrach ihn der Alte. „Nee, so leicht ist das nicht. Der Arbeiter hat Vorteile davon, gewiß, aber als Glied der Gesellschaft. Wir wollen die Klasse heben und damit den einzelnen. Das ist der Sinn der Sozialisierung, nichts anderes."

Damit stand der Vater auf.

Fritz warf sich in die Brust und sagte: „Und nun, Mutter, wenn ich dir wieder 35 Emmchen auf den Tisch lege, dann weißt du: das sind Staatsgelder."

„Ich weiß, ich weiß", lachte die Mutter, „ihr seid doch auch meine Staatskinder . . . . ."

(„Dachdecker-Zeitung.")

für sterilisierte Vollmilch und 1 500 000 Kronen für mehrere tausend Faß Butter von Dänemark, 200 000 Frank für Schweizer Kondensmilch; zugleich kommt die Reichsfleischstelle mit der Forderung von 400 000 Kronen für dänisches Rindvieh und Abdeckung von Krediten, die Reichsfischversorgungsgesellschaft mit einer 400 000-Guldenforderung für Fische von Holland, 700 000 Kronen für frische Heringe und 2 Millionen Kronen für frische Fische von Dänemark sowie 1 Million Kronen für Salzheringe und Fischkonserven von Norwegen; die Eiereinfuhrgesellschaft mit 1½ Millionen Kronen für Eier von Dänemark usw. usw. Das ist ein Beispiel von den Devisenforderungen einer einzigen Woche. Nach eingehender Prüfung, welche diese Lebensmittel nach ihrer Notwendigkeit den Vorrang haben, für welche Mengen zur Zeit Bedarf vorliegt und ob die Preise verantwortet werden können, wird die Höhe des Zahlungsbedarfs festgestellt. Und nun beginnen die eigentlichen Zahlungssorgen. Woher die Millionendevisen nehmen? Als Deutschland noch nicht in Not war und ungemessenen Kredit hatte, gab es keine Devisensorgen ähnlicher Art. Heute kommt es vor — es ist kein Geheimnis und das Volk muß es wissen, um zu verstehen — daß von notwendigen Ankäufen Abstand genommen werden muß, weil die entsprechende Devisendeckung nicht aufzutreiben ist oder die angebotenen Kredite so teuer sind, daß eine unerträgliche Erhöhung der Konsumentenpreise eintreten müßte. Wir bekommen genügend Devisen im Ausland nur dann, wenn wir Warenwerte ausführen. Unser Export von Halb- und Ganzfabrikaten ist aber heute, wo die Industrie aus Rohstoffmangel brachliegen muß oder durch Kämpfe wirtschaftlicher Art immer wieder erschüttert wird, nicht nennenswert. Darum sind wir augenblicklich fast nur auf die Urproduktion angewiesen, wie sie der Bergbau liefert. Deutsche Kohle und deutsches Kali ist heute so gut wie das deutsche Gold, auf das die Entente ihre schwere Hand gelegt hat. Auf dem Wege der primitiven Tauschwirtschaft können wir heute Kohlen gegen Kartoffeln exportieren, wie es zur Zeit mit einigen Ländern geschieht. Wir können aber auch für Kohle und Kali Devisen hereinholen, die uns wieder als hochwertige Zahlungsmittel für den Ankauf ausländischer Lebensmittel oder Rohstoffe dienen.

Den Reichsstellen ist es nicht unbekannt, daß im Auslande schon jetzt für bestimmte deutsche Produkte ein starker Warenhunger besteht. Nun gilt es, an diesen Punkten einzusetzen; andere werden bald folgen, denn eins zieht das andere werden bald folgen, denn eins zieht das andere nach sich. So kommt unser industrielles Leben allmählich wieder in Gang; wir bekommen wieder einen Export, und damit Devisen in die Hand. Der Reichskommissar der neuen Zentralstelle für Ein- und Ausfuhr hat bereits die ersten Verfügungen getroffen, um den deutschen Exporteuren durch Beteiligung am Devisenelngang seinen wertvollen Ansporn zu geben, dessen das private Wirtschaftsleben bedarf, um mit eigener Initiative vorzugehen.

Aus dem allen ersehen wir, daß der uralte Begriff von dem „Kreislauf der Volkswirtschaft" nur recht verstanden werden muß, um seine praktische Anwendung zu finden. Es wird klar, daß jeder einzelne im Volk hier mit Herz und Hand mitzusprechen hat, daß es auf das Mittun der letzten Arbeitshand ankommt. Es wird klar, daß nicht die führenden Reichsstellen das Brot, das unser Volk braucht, sich aus dem Aermel schütteln können, sondern daß wir uns dies Brot selbst beschaffen müssen. Es wird klar, wie falsch es ist, immer nur Appelle um Abhilfe nach oben zu richten, da doch der letzte Appell, der einzige Appell, der überhaupt einen Sinn hat, nur an uns selber gerichtet werden kann. Es ist keine Phrase, daß nur die Arbeit imstande ist, Werte zu erzeugen, die wir dann in Lebensmitteln, Kleidern, Behausung anlegen können. Hundert Minister und tausend Reichsbankstellen sind beim besten Willen nicht imstande, das zuwege zu bringen, was tausend Hände eines werktätigen Volkes zu leisten vermögen. Wollen wir leben, dann müssen wir, nur wir, die dazu nötigen Zahlungsmittel aufbringen. Regierung und Reichsbank können nur leiten, ordnen, die Organisation und Distribution handhaben. Alles andere ist unsere Sache. Wir sind ein mündiges Volk!

Lebensmittelsorgen — Devisensorgen! Laßt das nicht allein Sorgen der Reichsstellen sein, laßt diese Sorgen auch unsere Sorgen sein! Nur so kommen wir aus dem grauen Elend der Gegenwart zu einer erträglichen Zukunft.

Fortsetzung der Berliner Lohnbewegung.

Wie seinerzeit im „Steinarbeiter" berichtet wurde, endeten unsere Tarifverhandlungen mit der Einführung der **allgemeinen Lohnarbeit** unter Beibehaltung des während des Krieges eingeführten **Einheitslohnes**. Es war vorauszusehen, daß eine so einschneidende Aenderung sich nicht ohne Reibungen vollziehen würde und längere Zeit vergeht, ehe sie zum Allgemeingut des Berufes geworden ist.

Der Widerstand eines erheblichen Teiles der Kollegen aus der Grabsteinbranche richtet sich dabei weniger gegen die Lohnarbeit an sich, als vielmehr gegen die geringe Höhe des Einheitslohnes, der sie daran hindert, auch nur annähernd so viel zu verdienen, als sie vorher bei gleicher Arbeitszeit in Akkord verdient haben. Ein anderer Teil der Kollegen arbeitet in den sogenannten kunstgewerblichen Betrieben, bei denen der tarifliche Einheitslohn noch keinen Eingang gefunden hatte und die bei strikter Durchführung desselben ebenfalls einen erheblichen Ausfall erleiden würden, da sie sämtlich höher entlohnt wurden und noch werden. Schließlich bemächtigte sich der **ganzen Kollegenschaft** eine große Unzufriedenheit mit den abgeschlossenen Löhnen, die, trotzdem sie den Steinmetzen eine wöchentliche Mehreinnahme von 22 M., den Schleifern eine solche von 20 M. brachte, nicht ausreichen, um auch nur die allerdringlichsten Bedürfnisse zu befriedigen. Infolgedessen sah sich der Zahlstellenvorstand veranlaßt, eine Teuerungszulage beim Verband der Steinmetzgeschäfte von **Großberlin** zu beantragen, der jedoch mit dem Hinweis auf den erst kürzlich abgeschlossenen Tarif auf seinem Schein beharrte und jegliche Verhandlung ablehnte. Im Anschluß hieran sei bemerkt, obgleich der abgeschlossene Vertrag nur ein halbes Jahr Geltung hat, er doch die Bestimmung enthält

„daß im Falle der Herabsetzung der Preise für Lebensmittel usw. sofort in Verhandlungen zum Abbau der Löhne eingetreten werden solle".

Für diesen Fall hatten die Herren Arbeitgeber also in weiser Vorsehung gesorgt. Als jedoch das Gegenteil eintrat und die Lebensmittelpreise und die Preise fast aller Gebrauchsartikel eine weitere Steigerung erfuhren, verwehrt man es den Arbeitern, in Verhandlungen zwecks Gewährung einer Teuerungszulage einzutreten. Die Folge davon war, daß die Kollegenschaften einiger Betriebe selbständig vorgingen und Teuerungszulagen forderten. Nun stellte der Unternehmerverband Verhandlungen in Aussicht. Die Kollegenschaften zweier großer Betriebe vermuteten in dieser unbestimmten Zusage die Absicht der Verschleppung und verlangten die sofortige Zusicherung eines wöchentlichen Abschlages von 20 M. auf die noch zu vereinbarende Teuerungszulage. Als die Firmeninhaber hierauf nicht eingingen, lösten sämtliche Beschäftigten das Arbeitsverhältnis. Darob natürlich große Entrüstung auf Arbeitgeberseite. Eine von ihnen einberufene Schlichtungskommissionssitzung mußte zwar das Vorliegen einer gemeinsamen Arbeitsniederlegung konstatieren, die mit den tariflichen Bestimmungen über Schlichtung von Differenzen nicht in Einklang zu bringen ist, sprach jedoch den Arbeitern die Nachzahlung der noch zu vereinbarenden Teuerungszulage bis zum 6. Juni rückwirkend zu. Darauf erklärte sich die Kollegenschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit.

In einer am 22. Juni stattgefundenen Versammlung der Steinarbeiter Großberlins lag nun das Ergebnis der Verhandlung der beiderseitigen Tarifkommissionen vor. Es sieht folgende Stundenlöhne vor: **Steinmetzen** 3 M., **Schleifer** 2.80 M. **Anfänger** in der Schleiferbranche im 1. **Halbjahr** 2.10 M.; im 2. **Halbjahr** 2.25 M.; im 3. **Halbjahr** 2.40 M. **Frauen** im 1. **Halbjahr** 1.10 M.; im 2. **Halbjahr** 1.40 M.; im 3. **Halbjahr** 1.60 M. — Die Versammlung beschloß nach längerer Diskussion, die Tarifkommission zu beauftragen, den Arbeitgebern mitzuteilen, daß die angebotene Lohnerhöhung von 40 Pf. pro Stunde als zu niedrig erachtet wird und eine Zulage von 60 Pf. für Männer und 40 Pf. für Frauen pro Stunde als das niedrigste Maß dessen erachtet wird, was als angemessene Bezahlung angesprochen werden kann. Ferner beauftragte die Versammlung die Tarifkommission, in diesem Sinne mit den Arbeitgebern weiter zu verhandeln und die Angelegenheit zum baldigen Abschluß zu bringen.

Ein Schweizer Genossenschaftsdorf

Nach Verlauf von anderthalb bis zwei Jahren wird die Schweiz um ein Dorf reicher zu sein, und zwar ein Dorf von einer Eigenart, wie dieses Land kein zweites aufzuweisen haben wird: ein rein genossenschaftliches Gemeinwesen. Vater des Projekts ist Herr B. Jäggi, Präsident der Verwaltungskommission des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, der von dem Wunsche beseelt, bei der Linderung der auch in Basel herrschenden Wohnungsnot tatkräftig mitzuwirken, aus der Fülle der in seinem Kopfe der Verwirklichung harrenden Pläne einen der kühnsten herausgriff und ihn gewiß auch rasch und sicher zur Ausführung bringen wird. Ein erster wichtiger Schritt wurde getan, indem Herr Jäggi einen Landkomplex von 80 000 Quadratmeter ankaufte, und zwar zu sehr günstigem Preise, was schon daraus hervorgeht, daß ihm wenige Tage später für den Quadratmeter 1 Fr. 40 Rp. mehr geboten wurden. Das Dorf soll erstehen auf dem sogenannten „Schänzli" zwischen Basel und Muttenz, auf basellandschaftlichem Gebiet in der Nähe von St. Jakob gelegen. Der Name ist bereits gefunden: „Freidorf" soll die Siedlung heißen nach dem Vorschlag ihres Paten, des Herrn Dr. Kündig, Präsidenten des Aufsichtsrats des V. S. K. Das Dorf soll rund 150 Einfamilienhäuser zu vier, fünf und sechs Zimmern erhalten, in Gruppen zu acht und zwei Häusern eingeteilt, jedes Haus mit wenigstens 200 Quadratmeter Garten. Die Abgabe erfolgt unter Gewährung eines unkündbaren Mieterechts oder durch Verkauf, wobei aber der Boden im Besitze der Genossenschaft verbleibt. Jede Spekulation ist ausgeschlossen, ein Verkauf an Dritte nicht gestattet. Der Preis wird sich nach vorläufiger Berechnung auf 850 bis 1600 Fr. belaufen, je nach dem gewählten Wohnungstypus. Die Bewohner von „Freidorf" werden ihre Lebensbedürfnisse auf genossenschaftlichem Wege decken; sie bilden nicht nur eine Wohn-, sondern auch eine Konsum- und Produktionsgenossenschaft mit Anschluß an den Verband und dessen Zweckgenossenschaften. Lebensmittel, Schuhe, Manufaktur und Merceriewaren, Fleisch, Milch usw. sollen in den eigenen Magazinen erhältlich sein, Brot und andere Backwaren in eigener Bäckerei hergestellt werden. Ein Versammlungslokal, Lesesaal, vielleicht sogar eine Schule, ein eigenes Postbureau, Reparaturwerkstätten usw. werden im Dorf erstehen, Spielplätze für groß und klein, Promenaden und Alleen werden nicht fehlen, und wahrscheinlich wird auch eine Kaffeewirtschaft noch Platz finden, um die Verpflegung der sicherlich nicht fehlenden Besucher aus Stadt und Land zu sichern. Die Bewohner verpflichten sich statutarisch zur Benutzung der eigenen Betriebe. Mitglieder der Genossenschaft werden Einzelpersonen aller Kreise und Stände sowie Personenverbände, Anstalten und Stiftungen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, mindestens einen Anteilschein von 100 Fr. zu übernehmen. Außerdem sind vorgesehen Anteilscheine von sogenannten „Subvententen" (Gönner, die die Genossenschaft finanziell unterstützen, ohne Mitgliederrechte zu erhalten), Depositengelder der Mitglieder und Anleihen.

Unternehmer in der Steinindustrie, die den Lohnausgleich seit Einführung der achtstündigen Arbeitszeit noch nicht gezahlt haben, sind:

Franz Zeller, Miltenberg a. Main.
Rudolf Hüttich, Miltenberg a. Main.
Pius Arnold, Reistenhausen (Unterfr.)
Firma Wodsack, Bromberg.
Firma Albrecht, Bromberg.
Firma Strelau, Bromberg.

Der Lohnausgleich beträgt mindestens 20 Prozent. Die Kollegen müssen sich sofort mit der Gewerbe-Inspektion in Verbindung setzen!

Korrespondenzen.

Dortmund. Die Firma **Westdeutsche Marmor- und Granitwerke A.-G.**, bei der unsere Mitglieder die Arbeit eingestellt haben, sendet uns eine Darstellung über ihre bewilligten Zulagen vor dem Schlichtungsausschuß. Den Beschluß des letzteren haben unsere Dortmunder Kollegen als ungenügend angesehen und daraus hat sich dann der jetzige Zustand entwickelt. Wir bringen das Schriftstück hiermit zum Abdruck:

Westdeutsche Marmor- und Granit-Werke, A.-G.
Dortmund, den 12. Juni 1919.

Am 4. Juni 1919 erließ der hiesige Schlichtungsausschuß folgenden Schiedsspruch: „Der Schlichtungsausschuß steht auf dem Standpunkt, daß die Erhöhung des Stundenlohnes auf 2.35 M. und der Akkordzuschläge um 15 Prozent gemäß dem Vorschlage der Firma ausreichend ist. gez. Bartels, Braun, Fickler, Dr. Heinze, Ihrig, Schinnn, Lilschow."

Zur Aufklärung diene folgendes: Auf diesen Schiedsspruch, den die Belegschaft ablehnte, dagegen die Firma annahm, beschloß die Belegschaft in ihrer Versammlung vom 5. Juni einstimmig, von Donnerstag, dem 12. Juni, 7 Uhr früh, in den Streik zu treten. Um den Streik mit seinen unangenehmen Folgeerscheinungen zu vermeiden, schlug die Direktion am Sonnabend, dem 7. Juni 1919, in ihren Fabrikräumen folgende Kundgebung an: „Laut einstimmigem Beschluß der Belegschaftsversammlung vom 5. Juni tritt diese nach Mitteilung des Obmannes des Arbeiterausschusses von Donnerstag, dem 12. Juni, früh 7 Uhr, in den Streik. Infolgedessen sieht sich die Direktion veranlaßt, allen ohne Ausnahme — Arbeitern und Arbeiterinnen — am Mittwoch, dem 11. Juni (laut Arbeitsordnung bei Wochenlohnschluß) die Abkehr zu geben. Löhnung der letzten Lohnwoche nebst Abkehrschein wird durch die zuständigen Herren Meister verabreicht.

Dortmund, den 7. Juni 1919.

Westdeutsche Marmor- und Granit-Werke, Akt.-Ges.,
Die Direktion: **Baeumges, Aach.**"

Die rechtliche Folge dieser Kundgebung ist für die Arbeiter und Arbeiterinnen diejenige, daß sie vom Mittwoch, dem 11. Juni, 4½ Uhr ab freizügig wurden, sich also wieder Arbeit verschaffen können, wo sie wollen, auch bei den Westdeutschen Marmor- und Granitwerken, Akt.-Ges. M. d. a. W. steht es allen arbeitswilligen Arbeitern und Arbeiterinnen frei, sich wieder bei ihrer Firma zur Arbeit zu melden. Der Streik ist also durch die Maßnahme der Direktion verhindert, was im Interesse der Besonnenen und arbeitswilligen Teile der Belegschaft nur zu begrüßen ist. Es sei noch bemerkt, daß die Firma auch heute noch diejenigen Lohnsätze bewilligen will, die vom Schlichtungsausschuß als ausreichend anerkannt wurden."

Die Auffassung der Direktion, daß sie durch Entlassung der Arbeiter am 11. Juni, den Streik, der laut Beschluß am 12. Juni perfekt werden sollte, damit aus der Welt geschafft habe, ist eine irrige, denn die Entlassung ist erfolgt, weil die Arbeiter den Streikbeschluß faßten. Läge die Sache umgekehrt, daß erst die Entlassung und dann der Streikbeschluß zustande gekommen wäre, dann allerdings hätte die Angelegenheit das Gesicht, wie es die Direktion jetzt sieht. So aber ist es lediglich ein Spiel mit Worten oder Wortklauberei, wie man so sagt. Wer nun der Firma den Rat gegeben hat, diese Taktik zu beobachten, der scheint doch recht wenig Erfahrung auf diesem Gebiete zu besitzen!

Es hat sich nun infolge der obigen Bekanntmachungen seitens der Direktion des Werkes im Dortmunder Generalanzeiger eine Polemik entwickelt, in der beide Parteien ihre Gründe darlegen, die zu dem jetzigen Zustand geführt haben. Leider scheint die Zahlstellenverwaltung bzw. die Streikleitung es gar nicht für nötig zu halten, der Verbandsleitung davon Kenntnis zu geben. Die Sache steht doch so, daß einer Arbeitsaufnahme von auswärts die Sperre im Steinarbeiter dem gegenübersteht. Damit haben unsere Dortmunder Kollegen die bestimmte Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Verbandsmitglieder außerhalb Dortmunds auch informiert sind. Hoffentlich bedarf es nur dieses Hinweises, der auch für andere Zahlstellenverwaltungen gilt, damit die Berichterstattung für das Fachorgan eine schnellere wird. (Redaktion.)

Elsenroth (Westerwald). Die am zweiten Pfingstfeiertag im Saale des Herrn Schütz stattgefundene Versammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Als Referent war auf Wunsch der Kollegen Gauleiter Herrmann erschienen. In seinem Vortrag gab er in leicht verständlicher Weise eine Darlegung über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Weiter schilderte er den Aufbau und die Einrichtungen unseres Verbandes. Zum Schluß seiner Ausführungen gab er noch den Inhalt des mit dem Verband westdeutscher Steinbruchsbesitzer abgeschlossenen Arbeitsvertrages bekannt. Der Beifall und die nun folgende Diskussion bewies, daß die Kollegen mit seinen Ausführungen einverstanden waren. Bis heute hat die Firma Haas, welche hier 2 Steinbrüche betreibt, noch nicht nach dem neuen Tarif entlohnt. Kollege Herrmann wird die notwendigen Schritte unternehmen, damit dies geschieht. Es wurde eine Zahlstelle errichtet. Der Vorstand setzt sich zusammen aus folgenden Kollegen: Vorsitzender: [illegible] Beichler, Kassierer: Leo Weber, Schriftführer: Beuner, Revisoren: Theodor und Rudolf Weber. 40 Kollegen, die bisher im christlichen Keramverbande organisiert waren, traten zu unserem Verbande über. Im Schlußworte dankte Kollege Herrmann allen Kollegen, die an der Neugründung der Zahlstelle mitgewirkt haben, insbesondere dem Kollegen Alois Weber aus Molzhain und dem Kollegen Beichler. Er ermahnte die Kollegen, treu und einig zusammenzuhalten und unter den noch dem Verbande fernstehenden Kollegen zu agitieren.

Hornberg. Am 14. Juni hielten die Pflastersteinarbeiter vom Granitwerk Hornberg sowie die Schotterschläger der Firma Hermann eine gemeinsame Versammlung im Gasthaus zum Tannhäuser ab, in der die frühere Zahlstelle wieder errichtet wurde. Kollege Gauleiter **Sarfert** referierte über Zweck und Ziel der Organisation, über Reichs- sowie Distriktstarife. Auch streifte er die Bedeutung der Betriebsräte. Durch seinen sachlichen Vortrag sind wir hier wieder um ein gutes Stück vorwärts gekommen, denn die neuaufgenommenen Mitglieder gaben reichen Beifall. Aus der Wahl der Ortsverwaltung gingen hervor als 1. Vorsitzender Peter Englmeier, Stellvertreter Erwin Eisenbach, Kassierer: Johann Hermann, Schriftführer: Christian Haas, Revisoren: Braghammer und Blum. Mit anfeuernden Worten, das Gedeihen der Zahlstelle zu fördern, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kappelrodeck (Amt Achern). Am 15. Juni tagte im Gasthaus zum Rebstock eine Bezirksversammlung, zu der auch Gauleiter **Sarfert** erschienen war.

Kollege Sarfert bemühte sich, Klarheit zu schaffen betreffs der falschen Auslegung unseres letzten Versammlungsberichtes von der Firma Rupp & Möller und verlas zu diesem Zweck die mit dieser Firma gewechselte Korrespondenz.

Aus den Zuschriften an Kollegen Sarfert geht hervor, daß die Firma für ihren Betrieb Ringelbach aus unserem letzten Bericht eine Sperre entnimmt. Von einer Sperre war aber weder in der Versammlung die Rede oder kann eine solche aus dem Bericht herausgelesen werden. Um aber Klarheit zu schaffen, sei bemerkt, daß sich in der heutigen Debatte herausstellte, daß nicht alle Ringelbacher Kollegen sich der Abstimmung enthielten, sondern daß einzelne mit Nein abstimmten. Hätten diese Kollegen, die vollzählig anwesend waren, geschlossen mit Nein abgestimmt, so wäre die Annahme der damals zur Abstimmung stehenden Vereinbarungen überhaupt in Frage gestellt gewesen. Um dieses zu vermeiden, da sich das „unannehmbar" ja nur auf Ringelbach beschränkte, erklärt sich ihre Stimmenthaltung.

Weiter hat diese Firma Klage bei der Gauleitung geführt, daß bei inzwischen erfolgten Unterhandlungen mit ihren Ringelbacher Arbeitern, wobei die Firma das Angebot machte: „Rauhe, Bau- und sonstigen Arbeiten werden hier nicht mehr angefertigt. Feine Denkmalarbeiten werden im Stundenlohn ausgeführt, dagegen gewöhnliche Denkmäler im Akkord. Dazu wird der tarifliche Stundenlohn garantiert", die Kollegen auch dieses Angebot abgelehnt hätten.

Ein dortiger Kollege, der selbst bei letzteren Abmachungen mit dabei war, wies mit Entrüstung eine derartige Unterstellung zurück. Er versichert, daß damals volle Uebereinstimmung erzielt worden sei, und die dortige Arbeit vollzieht sich auch in diesem Sinne. Es wäre zu wünschen, daß nun endlich diese Firma sich beruhigt, damit die Zahlstelle von diesem Schmerzenskind „Ringelbach" eine Zeitlang verschont bleibt. In der weiteren Debatte zeigte sich, daß die Firma R. und M. drei Kollegen, die, wie feststeht, ihr Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß gelöst hatten, in der schwarzen Liste zirkulieren ließ. Ein diesbezüglicher Beschluß soll in einer Unternehmerversammlung des Bezirks in Ottenhöfen gefaßt worden sein. Kollege Sarfert legte nach Kenntnisnahme dieser Maßnahme sofort Protest ein. Es ging ihm der Bescheid zu, die Sache sei erledigt und der Beschluß bereits wertlos geworden.

Von den Kollegen wurden diese Maßnahmen mit Recht als eine vorkriegszeitliche Gewohnheit bezeichnet, gegen die ganz energisch Front gemacht werden muß. Wie wenig Verständnis für die neue Zeit bei einzelnen Unternehmern vorhanden ist, geht daraus hervor, daß die Firmen Lazero, Pesmini und Galli, sowie die Firma Peter in Bierhalt einfach den Achtstundentag ignorierten. Auf Veranlassung des Gauleiters ließ das Bezirksamt Achern durch einen Gendarm diese Betriebe revidieren. Außer **Galli** geben diese Herren selbst zu, keinen geschlossenen Arbeitstag zu halten, bestreiten jedoch, daß deshalb über 8 Gesamtstunden gearbeitet wird. Kollege Sarfert erläuterte hierzu eingehend den Wert des Achtstundentages für die Steinindustrie betreffs der Gesundheitsverhältnisse, wobei er den Kollegen nahelegte, daß jeder im eigenen Interesse den Achtstundentag zu respektieren.

Was die genannten Firmen betrifft, so wird von seiten der Arbeiterschaft nicht versäumt werden, auch diese zu einer geordneten Arbeitszeit zu bekehren.

Dann erstattete Kollege **Sarfert** Bericht über die geforderte Erhöhung der Teuerungszulagen ab 1. Juni von 60 auf 90 Prozent bei den Pflastersteinwerken Böhing & Wächter, Betrieb **Furschenbach**, und Gebrüder Thiele in **Seebach**. Aus den Ausführungen des Gauleiters geht hervor, daß diese Firmen bis jetzt wenig Neigung zeigen, die Zulage entsprechend zu erhöhen. An haltlosen Ausreden fehlt es dabei nicht. Böhing & Wächter wollen die Grundpreise der Jahre 1915, 1916 und 1917 merklich erhöht haben, so daß sie andern Firmen gegenüber in der Zahlung bereits voraus sind. Dem ist gegenüber zu stellen, diejenigen Kollegen, die vor dem Krieg in diesem Betrieb (allerdings bei einer andern Firma) arbeiteten, fanden bei ihrer Rückkehr im Herbst vorigen Jahres nicht nur schlechtere Grundpreise vor, als sie vor dem Kriege bestanden, sondern es war auch noch die Bedingung vorhanden, daß sich jeder nach der Verleihung sein Material selbst in seine Arbeitsbude zu bringen hat. Unter diesem Verhältnis wurde bis zum Inkrafttreten des neuen Tarifs am 17. April gearbeitet. Gebr. Thiele lehnt eine Erhöhung rundweg ab. Auf Grund der bisherigen Durchschnittslöhne sowie der ständig zunehmenden Teuerung sind aber die Kollegen fest entschlossen, an der gestellten Forderung unter allen Umständen festzuhalten.

Unter Punkt 3 schritt man zur Wahl eines Schriftführers. Da der derzeitige Schriftführer verlassen will, wurde an dessen Stelle Kollege **Hermann Bruder** (genannt Friedl) gewählt. Zur Wahl des Schlichtungsausschusses belehrte Kollege Sarfert in dankenswerter Weise zuerst die Versammlung über Zweck und Art dieser Instanz, sowie über seine Kompetenz, worauf zur Abstimmung geschritten wurde. Einstimmig wurden gewählt die Kollegen Franz Steininger, Jos. [illegible]berger und Max Hehler. Als Ersatzmänner Kollege Bernhard Kar[illegible]hammer.

Einem Antrag des Vorsitzenden, 10 Pf. Lokalzuschlag zu erheben, wurde einstimmig stattgegeben, desgleichen dem Antrag, eine Sammlung für den Kollegen Steiger, der sich schon längere Zeit im La[illegible] befindet.

Witten. Am 15. Juni tagte eine öffentliche Steinarbeiterversammlung von Witten. 14 Kollegen hatten sich zwecks [illegible] Zahlstelle eingefunden. Als Vorsitzender wurde [illegible], als Schriftführer und Kassierer Kollege [illegible], als Revisoren die Kollegen Müller und M[illegible] [illegible] Punkt wurde beantragt, den Schachtlohn, wie er [illegible] schon seit 11 Tagen besteht, auch sofort [illegible] zu fordern, und zwar für Steinhauer, [illegible] Schmiede 25 M., für Hilfsarbeiter 22 M. Bei jugendlichen [illegible] unter 18 Jahren soll der Lohn beim Bruchmeister und [illegible] [illegible] festgesetzt werden. In die [illegible] wurden die Kollegen Rausch, Schlie und [illegible] gewählt. Als Delegierter zur Bezirkskonferenz in Essen wurde Kollege Welköfer gewählt. Nächste Versammlung: [illegible] Juni [illegible] 10 Uhr.

Wölferbütt. Die hiesige Zahlstelle hielt am Sonntag, 1. Juni 1919, in der Wiegandschen Gastwirtschaft monatliche Versammlung. Der Vorsitzende Heß kritisierte das Fernbleiben verschiedener Mitglieder. Um mehr Interesse für die Sache zu erreichen, soll von jetzt an ein Lokalbeitrag von 30 Pf. für Nichterscheinen in der Versammlung erhoben werden. Heß gab dann einen kurzen Ueberblick über das Rätesystem, wobei es auch nicht an Angriffen gegen die Regierung in bezug auf ihre jetzige Haltung fehlte. Die Notwendigkeit der Arbeiterräte fand allgemeine Zustimmung. Auch das von der Verbandsleitung aufgestellte Lohnprogramm wurde erörtert und fand guten Anklang. Es wurde beschlossen, in dieser Hinsicht das Möglichste in der Zahlstelle zu tun, um das vom Verband angestrebte Ziel zu erreichen. Auch der kürzlich mit den Firmen Gewerkschaft Heiligenmühle (Abteilung Basaltwerk) und Debenacke und Co. abgeschlossene Tarifvertrag kam nochmals zur Sprache. Es werden jetzt an Stundenlöhne bezahlt für Arbeiter: von 14—16 Jahre 65—70 Pf., von 16—18 Jahre 80—90 Pf., von 18—20 Jahre 1 M., über 20 Jahre 1.15 M., dazu ab 1. Mai 10 Prozent Teuerungszulage, ab 1. Juli nochmals 5 Prozent. Handwerker und Steinrichter 5 Pf. mehr pro Stunde. Es ist zwar noch kein übermäßiger Lohn, aber **gegen die Löhne von 1914 über 120 Prozent erhöht.** Da Akkord nicht ganz beseitigt werden konnte, wurde auch ein Akkordvertrag, aber unter garantiertem Lohn abgeschlossen. Obwohl wir in dieser Hinsicht ein gutes Stück vorwärts gekommen sind, muß doch festgestellt werden, daß wir in unserem Bezirk im Vergleich zu andern Berufen noch sehr niedrig stehen mit unserem Lohn, doch werden wir nicht darin stecken bleiben, sondern immer mutig vorwärts. Zum Schluß wurde dem Vorsitzenden noch die Ermächtigung erteilt, die nötige Vorarbeit für das im Anfang Juli geplante Stiftungsfest zu treffen. Auch **die Erhöhung der Beiträge ab 1. Juli wurde kurz gestreift.** Der Vorsitzende schloß dann mit einem Appell die Versammlung, der zur regeren Beteiligung an der Diskussion und zum besseren Besuch der Versammlung ausklang.

Rundschau.

Ein gewaltiger Marmorblock. In den Untersberger Marmorbrüchen der Marmorindustrie A.-G. in Kiefersfelden wurde ein Marmorfelsen, der mittels Stahldraht und Quarzsand abgesägt wurde, und einen Inhalt von 3000 Kubikmeter hatte, abgesprengt. Das Gewicht des Kolosses betrug rund 8 Millionen Kilogramm oder 1 60 000 Zentner. Es dürfte dies, wie das Deutsche Steinbildhauer-Journal schreibt, die größte Absprengung von einem Marmorfelsen sein, die bisher auf dem Kontinent ausgeführt wurde.

Im Monat Juni haben eine **Anzahl von Generalversammlungen** getagt. In der Woche vom 15. bis 21. Juni allein sieben solcher Tagungen. In Berlin die Holzarbeiter und die Lederarbeiter, in Dresden die Kupferschmiede, die Maler in Würzburg, in Nürnberg die Handlungsgehilfen, in Stuttgart die Brauerei- und Mühlenarbeiter und in Bochum die Bergarbeiter. In der folgenden Woche kommen die Transportarbeiter, Töpfer und die Bildhauer zusammen. Wir werden auf diese Tagungen evtl. zurückkommen, soweit sie ein allgemeines Interesse für die Gewerkschaftsbewegung haben.

Die Kündigungsfrist für Kriegsbeschädigte neuerdings verlängert. Nach den Verordnungen des Demobilmachungsamtes durfte Schwerbeschädigten bisher frühestens zum 1. Juli 1919 gekündigt werden. Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 14. Juni 1919 wird dieser Zeitpunkt nunmehr auf den 1. September 1919 hinausgeschoben. Bis zum 1. September 1919 hofft die Regierung durch die gesetzliche Regelung des Einstellungszwanges für Schwerbeschädigte, die der Reichsministerpräsident kürzlich angekündigt hat, die Beschäftigung der Schwerbeschädigten für die Dauer sicherzustellen.

Lohnpfändung und Mieterrecht im Volkswirtschaftsausschuß. Im Ausschuß der Nationalversammlung für Volkswirtschaft wurde die Verordnung über die Lohnpfändung besprochen. Mit großer Mehrheit wurde ihre Aufhebung mit dem 31. Dezember 1920 beschlossen. Bis dahin solle eine gesetzliche Regelung der ganzen Frage erfolgen. Die Verordnung von 1917 wird verlängert und in der Weise gestaltet, daß die Pfändungsgrenze für Rentenbezüge, für Gehalt und Lohn auf 4000 beziehungsweise 3000 Mark vom 1. Juli 1919 an erhöht wird. Hierauf begründet ein Vertreter des Reichsjustizministeriums den Entwurf einer Verordnung zum Schutze der Mieter. Es wird damit nicht nur eine Anzeigepflicht für Vermietungen im Sinne der früheren Verordnungen verlängert, sondern weitgehend den Mieteinigungsämtern das Recht eingeräumt, zu hohe Mietpreise herabzusetzen. Jeder Mietabschluß ist vom Vermieter anzuzeigen. Geschieht das nicht, so kann der Vermieter auf Mietzins keinen Anspruch machen.

In der Aussprache betont Unterstaatssekretär Dr. Delbrück den von bürgerlicher Seite vorgebrachten Bedenken gegenüber, daß die Regierung nur mit Zögern an die Ausarbeitung so einschneidender Vorschriften gegangen sei, daß aber die Notlage, der hervorgetretene außerordentlich verstimmende Wucher zu scharfem Vorgehen zwinge. Von einer Belastung der Mieteinigungsämter könne nicht gesprochen werden. Auch solle die Verordnung ja nur vorübergehend für die Zeit der anormalen Verhältnisse Geltung haben.

Frische Luft und Arbeitsstrom. Dr. Gerhard Stroder, Berlin, berichtet in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege über interessante Versuche, die er mit der Ausatmungsluft des Menschen gemacht hat. Es ist ihm gelungen, aus der Ausatmungsluft organische Bestandteile zu gewinnen, die im Tierversuch und durch chemische Reaktion als Atmungsgifte zu erkennen waren. Wenn also nicht genügend für frische Luft in unseren Arbeitsräumen gesorgt wird, dann wirken jene Ermüdungsstoffe und es leidet unter Wirkung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer, und wenn das Unternehmertum [illegible] die gesundheitstechnische Seite im Betriebe vernachlässigt, so beweist das nicht nur die soziale Minderwertigkeit der Unternehmerwirtschaft, sondern auch, trotz aller schönen Worte vom Wert der Initiative und dergleichen, die Unfähigkeit zu einem wahrhaft großen, weiten und freien Blick. Darum ist die Sorge für die regelmäßige Zuführung frischer Luft auch eine der Aufgaben der Betriebsräte, deren [illegible] nach der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände vom [illegible] April auf die Bekämpfung der Gesundheitsgefahren in den Betrieben [illegible].

Uebermüdung und Unfall. Die [illegible] Gewerbeaufsichtsbeamten [illegible] Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Unfall und Uebermüdung angestellt. Dabei haben sie festgestellt, daß sich [illegible] Stunden 1,1 Prozent Unfälle ereigneten, nach 10 Stunden [illegible] Stunden 5,9 Prozent, nach 12 Stunden 7,9 und [illegible] Stunde 4,3 Prozent. Das ist ein klarer Beweis für die [illegible] des Achtstundentages. Länger wie acht Stunden kann [illegible] er trägt dadurch seine Gesundheit zu Markte. [illegible] Feststellungen mit dem Resultate, das das [illegible] hat. Danach weisen die [illegible] Ermüdung die Unfallziffer [illegible] mehr als doppelt so groß [illegible] am Ende der Arbeitswoche noch eine besondere [illegible]. Das [illegible] beweist uns, daß der Arbeitstag nicht [illegible] sondern daß auch allwöchentlich ein [illegible], daß damit unsere gewerkschaftlichen [illegible] der Verkürzung der Arbeitszeit von jeher [illegible].

Eine Verfügung des Reichsernährungsministers fordert, daß [illegible] der Landwirtschaft oder aus [illegible] zu Besprechungen hinzugezogen werden [illegible], weiter ebenfalls [illegible] der Vertreter der Verbraucher [illegible].

Villingen. [illegible] wurde an das [illegible] auf 25 Jahre verpachtet. [illegible] mit einem Aufwand [illegible] M.

Zentralvorstands-Bekanntmachungen.

Betrifft Teuerungszulagen.

Aus den verschiedensten Zahlstellen wird uns gemeldet, daß sich die Unternehmer auf die eingereichten Lohnforderungen hin nicht immer rechtzeitig zu Verhandlungen bereiterklären.

Wenn eben die Unternehmer zu Verhandlungen nicht geneigt sind, **dann müssen die Ortsverwaltungen beschleunigte Anträge beim Schlichtungsausschuß stellen** und die Anträge auch gut und mit Ueberlegung begründen. Was gehört nun in eine solche Begründung hinein?

1. Die Steinarbeiter haben einen schweren gesundheitsschädlichen Beruf.

2. Die Löhne sind viel niedriger als wie in anderen Berufen. Unsere jetzigen Löhne sind anzugeben, **und zwar für die einzelnen Gruppen,** die eben in der Zahlstelle in Frage kommen.

3. Zum Vergleich werden die Löhne **aller Arbeiter des Ortes und der Umgebung herangezogen,** die höher sind, als wie die Löhne in der Steinindustrie.

4. **Nun werden die Forderungen der Kollegen aufgeführt, welche Zuschläge in Akkord erfolgen sollen, dann sind die Stundenlöhne generell heraufzusetzen.** Bei den Stundenlöhnen darf Prozentberechnung nicht in Frage kommen, nein, um diese niedrigen Löhne hinaufzubekommen, **müssen ordentliche Zuschläge verlangt werden.**

Es kann uns nichts nützen, wenn die Stundenlöhne um 20 Prozent erhöht werden. Nein, im Prinzip sind die Stundenlöhne dort, wo sie noch niedrig sind, **durch feste Zuschläge in die Höhe zu bringen.**

5. Es sind **die Unternehmer anzugeben,** die bei der Lohnbewegung in Frage kommen. Dieselben sind einzeln aufzuführen, nebst Angabe der Adressen.

6. Der Schlichtungsausschuß ist zu ersuchen, die Sache zu beschleunigen, weil sich die Kollegen in einer zu gedrückten wirtschaftlichen Lage befinden.

7. Dem Ausschuß ist ein tüchtiger Kollege in Vorschlag zu bringen, der auch sonst einen moralischen Halt hat, **um als Beisitzer an der Sitzung teilnehmen zu können.**

8. Wenn der Gauleiter verhindert ist, die Sache vor dem Ausschuß zu vertreten, dann muß ein tüchtiger Kollege der Ortsverwaltung die Vertretung übernehmen.

•

Betrifft Granitschleifereien.

In einigen Orten weigeren sich die Unternehmer, neue Teuerungszulagen zu gewähren mit dem Hinweis, **daß der Abschluß des Reichslohntarifs für die Schleifereien vor dem Abschluß stände. Zur Zeit wird in Leipzig über den Abschluß unter Regierungsvermittlung noch fleißig verhandelt.** Wir glauben aber kaum, daß in Leipzig der Abschluß vollständig perfekt wird, es wird wahrscheinlich nötig sein, **die strittigen Punkte einem Schiedsgericht zu unterbreiten.** Deshalb können in den Schleifereizahlstellen, **wo die Vertragsbindung abgelaufen ist, alle Lohnbewegungen weitergeführt werden,** denn es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, wann der endgültige Abschluß erfolgt. Meist wollen sich die Firmen vor neuen Zulagen drücken, eben mit dem Hinweis auf den zu schaffenden Reichslohntarif. Die Zahlstellen haben natürlich die Verpflichtung, ihre Differenzpunkte vor den Schlichtungsausschuß zu bringen.

•

Auf Beschluß des Verbandsvorstandes und Verbandsausschusses wird mit Rückwirkung **ab 2. Juni die Streik- und Maßregelungsunterstützung um 50 Prozent erhöht.** Diese Erhöhung kommt auf die Streikunterstützungssätze, wie sie im **neuen** Statut festgelegt sind. Es können **aber** nur die Orte diese erhöhten Sätze auszahlen, die ihre Differenzen ordnungsgemäß vor die Schlichtungsausschüsse gebracht haben. Wir müssen darauf dringen, daß die Schlichtungsinstanzen unter allen Umständen angerufen werden müssen. Anschließend hieran wird darauf verwiesen, daß ab 1. Juli die Beitragsleistung laut Statut § 4, Absatz 2, wieder in Betracht kommt. Die frühere Ausnahmebestimmung ist somit aufgehoben.

•

Um den im Streik befindlichen Zahlstellen auch die Unterstützung rechtzeitig und regelmäßig senden zu können, muß der Verbandsvorstand verlangen, daß die Zahlstellenverwaltungen auch die Vorbedingungen dazu erfüllen!

Es ist notwendig, daß mit der Anforderung der ersten Unterstützungssumme eine **Vorschlagsliste** eingereicht wird mit Anzahl der am Streik beteiligten unterstützungsberechtigten Mitglieder, sowie Anzahl der Kinder. Es ist dies zu einer ordnungsgemäßen Kassenführung notwendig. Auf die einfache Mitteilung: **„Schickt sofort Geld!"** können wir solches nicht überweisen.

Die **Wochenberichte** müssen jede Woche bis **spätestens Mittwoch** abend in unseren Händen sein, damit wir am Donnerstag die Gelder durch unser Postscheckkonto überweisen und die Zahlstellen am **Sonnabend die Unterstützung** auszahlen können. Wenn also die Auszahlung keine Verzögerung erleiden soll, ersuchen wir dringend, das Vorstehende zu beachten!

Adressenänderungen.

III. Gau.

Droyßig b. Zeitz. Vors.: Hugo Rehnert, Kass.: Emil Spindler.

VI. Gau.

Remmelsbach (Pfalz). Vors.: Jakob Gras.

VII. Gau.

Kronach i. Bayern. Vors.: Hans Hopf, Kreuzbergerstr. 427.

Wirsberg (Oberfranken). Vors.: Mich. Sommer, Neufang. Kass.: Konrad Hahn, Weißenbach, beide Post Wirsberg.

Briefkasten.

Arnfleбt. Der Verbandsvorsitzende Kollege St.

Literarisches.

Ratgeber für Kriegsbeschädigte. Von Erich Roßmann, Referent im Reichsarbeitsministerium. Verlag, Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., SW 45, Wilhelm-Straße. Preis M. 1.50.

Die Schrift des in der Kriegsbeschädigtenbewegung sehr bekannten Verfassers stellt ein recht aktuelles und vollkommenes Auskunftsmittel über alle Fragen der Rentenversorgung und sozialen Fürsorge dar. Da alle Rechtsauskunftsschriften, die während des Krieges auf den Markt gebracht wurden, mehr oder weniger überholt sind, füllt Roßmanns Arbeit, die alle gesetzgeberischen Akte in populärer, allgemein verständlicher Darstellung bis Anfang Mai 1919 berücksichtigt (Teuerungszuschläge, Entlassungsanzüge, Militärversorgungsgerichte, reichsgesetzliche Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Einstellungszwang usw.) eine Lücke aus, die von allen Hilfesuchenden und Auskunftgebern als recht unangenehm empfunden wurde. Wer sich rasch und zuverlässig über den derzeitigen Stand des Kriegsbeschädigtenrechts in Deutschland unterrichten will, greife zu diesem Werkchen, das wir jedem Kameraden empfehlen können.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 12. Heft vom 2. Band des 37. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Marxsche Klassenkampftheorie. Von Heinrich Cunow. I. — Die deutsche Ostmark in Vergangenheit und Zukunft. Von Dr. Fendt, Königsberg i. Pr. — Rußland und der Bolschewismus. Von F. J. Leder. II. (Schluß.) — Rechtswissenschaft und Sozialismus. Von Dr. Georg Flatow.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 6.50 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Anzeigen

Fritz Herold, Schleifer und Josef Mitschke, Granitsteinmetz, wo steckt Ihr? Es sucht Euch Kollege Riegel, Grünberg, Schlesien.

Tüchtige Steinmetzen
gesucht. Tariflöhne.
Grabsteingeschäft Quirbach, Betzdorf (Sieg).

3 bis 4 tüchtige Steinbrecher und etwa 10 tüchtige Steinhauer
für neu abgeschlossenen Akkordtarif oder Stundenlohn von **2.50 M.** für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
H. Buchmeyer, Steinhauerei, Herdecke in Westf.
Telephon 2378 Amt Hagen.

Marmormaschinenschleifer, Marmorsäger, Schrifthauer, Steinmetzen, Granitschleifer,
werden in dauernde Stellung gesucht. Der Wohnungsnot halber wollen sich nur Unverheiratete melden.
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H. Stettin

Ein Steinmetz für Grabsteinarbeit
gesucht, Stellung dauernd, für Kost und Logis ist gesorgt.
Fritz Heuser, Steinmetzmstr. Vlotho a. d. Weser

Steinmetz für Granitschrift
und Sandstein sofort gesucht. Gute Kostverhältnisse.
P. Iversen, Sonderburg, Löngang 11, Prov. Schlesw.-Holstein

2 tüchtige Steinmetzen
sowie 1 Schrifthauer auf Granit
stellt sofort ein. Für genügende Verpflegung ist gesorgt. Meldung bei
Krause, Ober-Schreiberhau (Riesengeb.)

Noch einen geübten **Schrifthauer**
stellt bei zeitgemäßem guten Akkord-Lohn ein.
Stahlberg, Granitwerk, Hirschberg i. Schles.

2 Steinmetzen auf Grabstein
sofort gesucht, auch für den Winter.
E. Brune Nachf., Stein- und Bildhauerei,
Lübbecke i. W., Niedertorstr. 27

Stelle sofort für dauernd mit 2.45 Mark Stundenlohn
3 Schrifthauer,
1 Sandstein-Steinmetzen *ein.*
Otto Borwig, Stettin, Pasewalker Chaussee 20.

Marmor-, Hand- u. Maschinen-Schleifer
sofort für dauernde Beschäftigung gesucht.
Muschelkalksteinwerke Niggl & Hesse, Geroldshausen bei Würzburg.

Gesucht sofort ein tüchtiger Steinmetz
für Kunststeinarbeit.
J. A. Gottschalk, Oldenburg, Zeughausstraße 30.

Gelernter tüchtiger erfahrener ***Steinbruchs-Schmied***
nicht unter 30 Jahre, für Grünsteinbruch in Sachsen sofort für große Schmiede gesucht. Muß mit Preßluftbohren und vor allem mit dem Härten von Steinbruchs-Werkzeug bestens vertraut sein. Wohnung vorhanden. Nur mit obigem bestens vertraute Bewerber können berücksichtigt werden.
Grünsteinwerk Niedercunnersdorf bei Löbau i. Sa.

Tüchtige Steinmetzen
für gestockte Denkmalarbeiten sofort gesucht. Stellung dauernd bei Bezahlung nach Tarif.
L. Mayer, Steinmetzgeschäft, Steinbach in Baden.

4 tüchtige Steinmetzen
auf Hartgestein, für Grabdenkmäler in Diabas (Material wie belg. Granit) finden dauernde Beschäftigung.
Karl Boll, Steinmetzmeister, **Friedberg** i. Hessen.

Als im Felde gefallen

wird uns nachträglich noch gemeldet:

Der Kollege **Traugott Pultar,** 27 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Strehlen.**

Ehre seinem Andenken!

(Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeigungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Lutter** am 3. Juni der Sandsteinbrecher **Lachemund Heinderich,** 52 Jahre alt, an Tuberkulose und Gehirnentzündung.

In **Weißenfels** am 11. Juni der Sandsteinmetz **Louis Böhland,** 53 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In **Fechenbach a. M.** am 12. Juni der Sandsteinmetz **Richard Hofmann,** 40 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In **Gruiten** am 15. Juni der Kalksteinarbeiter **Fritz Borberg,** 42 Jahre alt, an Harnleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Siebold, Verlag von Alois Staudinger, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse" Leipzig, Königstraße 5.